Inhalt

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

- 206 Planfeststellungsverfahren; hier: Planfeststellungsverfahren für die Änderung der genehmigten Rekultivierung im bestehenden Abbaugelände in Kalletal, Gemarkung Varenholz; Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 9 Abs. 2 UVPG a.F., § 74 Abs. 5 VwVfG NRW, S. 241–242
- 207 Planfeststellungsverfahren; hier: Planfeststellungsverfahren zur Herstellung eines Gewässers in Folge der Abgrabung von Sand und Kies in Kalletal, Gemarkung Stemmen; Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 9 Abs. 2 UVPG a.F., § 74 Abs. 5 VwVfG NRW, S. 242–243

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

- 208 Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung (§ 10 LZG NRW), S. 244
- 209 Aufgebot einer Sparkassensurkunde, S. 244
- 210 desgl., S. 244
- 211 Kraftloserklärung einer Sparkassensurkunde, S. 244

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

206 Planfeststellung;
hier: Planfeststellungsverfahren für die Änderung der genehmigten Rekultivierung im bestehenden Abbaugelände in Kalletal, Gemarkung Varenholz; Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 9 Abs. 2 UVPG a.F., § 74 Abs. 5 VwVfG NRW

Bekanntmachung

I.

Mit Planänderungsbeschluss der Bezirksregierung Detmold vom 14. August 2019, Az.: 54.01.14.66-002, ist der Plan für die Änderung der genehmigten Rekultivierung im bestehenden Abbaugelände in Kalletal, Gemarkung Varenholz, gemäß § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) festgestellt worden.

Im Verfahren ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden.

In dem Planänderungsbeschluss ist über alle rechtzeitig eingegangenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Der Trägerin des Vorhabens, der H. Eggersmann GmbH & Co. KG, Kalletal, wurden Auflagen erteilt.

Da mehr als 50 Zustellungen des Planänderungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 74 Abs. 5 VwVfG NRW durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

II.

Eine Ausfertigung des Planänderungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Unterlagen einschließlich der Umweltverträglichkeitsstudie in der Zeit vom

12. September 2019
bis einschließlich 25. September 2019

bei der Gemeinde Kalletal und den Städten Porta Westfalica und Rinteln zu jedermanns Einsicht aus, und zwar bei der

Gemeinde Kalletal,

Rathaus, Rintelner Straße 3, 32689 Kalletal, Bürgerbüro,

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag,

Mittwoch, Freitag von

08.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Donnerstag von

08.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Stadt Porta Westfalica,

Kempstraße 1, 32457 Porta Westfalica,

Abteilung Stadtplanung, 2. Obergeschoss, Zimmer 2.08

Öffnungszeiten:

Montag und Dienstag

08.30 Uhr bis 12.30 Uhr und

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Mittwoch

geschlossen

Donnerstag

08.30 Uhr bis 12.30 Uhr und

14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Freitag

08.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Stadt Rinteln,

Klosterstraße 20, 31737 Rinteln, Baudezernat, 2. Etage,

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag

09.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Montag bis Mittwoch

14.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Donnerstag

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Darüber hinaus sind die zur Einsicht ausliegenden Unterlagen im Internet über www.kalletal.de > Bekanntmachungen www.portawestfalica.de/bauleitplanung > Planfeststellungen zugänglich.

Unabhängig davon wird der Planänderungsbeschluss mit den planfestgestellten Unterlagen auf der Homepage der Bezirksregierung Detmold eingestellt (www.brdt.nrw.de > Bekanntmachungen/Amtsblätter > Abwasser/Gewässer/Hochwasser). Darauf, dass nur die Auslegung vor Ort rechtlich verbindlich ist, wird vorsorglich hingewiesen.

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planänderungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, bei der

Bezirksregierung Detmold
Dezernat 54
Leopoldstraße 15
32756 Detmold
poststelle@brdt.nrw.de
De-Mail: poststelle@brdt-nrw.de-mail.de

schriftlich oder elektronisch angefordert werden. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt (§ 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfG NRW), sofern ihnen der Beschluss nicht individuell zugestellt wurde.

III.

Der Planänderungsbeschluss weist unter Ziffer D. folgende Rechtsbehelfsbelehrung aus:

„D. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planänderungsbeschluss können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung beim

Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden
Postanschrift: **Postfach 32 40, 32389 Minden**

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten/der Urkundsbeamtin Klage erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts (poststelle@vg-minden.nrw.de) erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischen-Rechtsverkehrs-Verordnung (Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehrs-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017, BGBl. I S. 3803).

Hinweis: weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de“

Detmold, den 21. August 2019

Bezirksregierung Detmold
Späth

ABl. Reg. Dt. 2019, S. 241–242

207

Planfeststellung;

hier: Planfeststellungsverfahren zur Herstellung eines Gewässers in Folge der Abgrabung von Sand und Kies in Kalletal, Gemarkung Stemmen; Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 9 Abs. 2 UVPG a.F., § 74 Abs. 5 VwVfG NRW

Bekanntmachung

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Detmold vom 14. August 2019, Az.: 54.01.14.66-001, ist der Plan zur Herstellung eines Gewässers in Folge der Abgrabung von Sand und Kies in Kalletal, Gemarkung Stemmen gemäß § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 72 ff.

des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) festgestellt worden.

Im Verfahren ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig eingegangenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Der Trägerin des Vorhabens, der H. Eggersmann GmbH & Co.KG, Kalletal, wurden Auflagen erteilt.

Da mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 74 Abs. 5 VwVfG NRW durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

II.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Unterlagen einschließlich der Umweltverträglichkeitsstudie in der Zeit vom

12. September 2019

bis einschließlich 25. September 2019

bei der Gemeinde Kalletal und den Städten Porta Westfalica und Rinteln zu jedermanns Einsicht aus, und zwar bei der

Gemeinde Kalletal,

Rathaus, Rintelner Straße 3, 32689 Kalletal, Bürgerbüro,

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag,

Mittwoch, Freitag von 08.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Donnerstag von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Stadt Porta Westfalica,

Kempstraße 1, 32457 Porta Westfalica,

Abteilung Stadtplanung, 2. Obergeschoss, Zimmer 2.08,

Öffnungszeiten:

Montag und Dienstag 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr und

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Mittwoch geschlossen

Donnerstag 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr und

14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Freitag 08.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Stadt Rinteln,

Klosterstraße 20, 31737 Rinteln, Baudezernat, 2. Etage,

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag 09.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Montag bis Mittwoch 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Donnerstag 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Darüber hinaus sind die zur Einsicht ausliegenden Unterlagen im Internet über www.kalletal.de > Bekanntmachung www.portawestfalica.de/bauleitplanung > Planfeststellungen zugänglich.

Unabhängig davon wird der Planfeststellungsbeschluss mit den planfestgestellten Unterlagen auf der Homepage der Bezirksregierung Detmold eingestellt (www.brdt.nrw.de > Bekanntmachungen/Amtsblätter > Abwasser/Gewässer/Hochwasser). Darauf, dass nur die Auslegung vor Ort rechtlich verbindlich ist, wird vorsorglich hingewiesen.

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, bei der

Bezirksregierung Detmold

Dezernat 54

Leopoldstraße 15

32756 Detmold

poststelle@brdt.nrw.de

De-Mail: poststelle@brdt-nrw.de-mail.de

schriftlich oder elektronisch angefordert werden.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt (§ 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfG NRW), sofern ihnen der Beschluss nicht individuell zugestellt wurde.

III.

Der Planfeststellungsbeschluss weist unter Ziffer D. folgende Rechtsbehelfsbelehrung aus:

„D. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung beim

Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden
Postanschrift: **Postfach 32 40, 32389 Minden**

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten/der Urkundsbeamtin Klage erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts (poststelle@vg-minden.nrw.de) erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten

elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischen-Rechtsverkehrs-Verordnung (Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehrs-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017, BGBl. I S. 3803).

Hinweis: weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de“

Detmold, den 21. August 2019

Bezirksregierung Detmold
Späth

ABl. Reg. Dt. 2019, S. 242–243

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

208 Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung (§ 10 LZG NRW)

Anordnung der Verwertung eines Fahrzeuges

Das Polizeipräsidium Bielefeld stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Bescheid vom 6. Juni 2019, Aktenzeichen: ZA 12.3 – 57.01.14 – 30-7-18, Anordnung der Verwertung 6. Juni 2019) an Herrn Giuseppe Sagliano, letzte bekannte Anschrift: Bergholzstraße 33 in 33739 Bielefeld, gemäß § 10 LZG NRW öffentlich zu.

Wegen des unbekanntem Aufenthalts der vorgenannten Person ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann beim Polizeipräsidium Bielefeld, Kurt-Schumacher-Straße 44, 33615 Bielefeld, in Raum 056, während der allgemeinen Dienstzeiten oder nach telefonischer Vereinbarung (0521 / 54-3122) eingesehen werden.

Durch diese öffentliche Zustellung können fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Minden, den 16. August 2019

ABI. Reg. Dt. 2019, S. 244

209 Aufgebot einer Sparkassenurkunde

Die Sparkassenurkunde Nr. 3210519116, ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, ist abhanden gekommen.

Der Inhaber der Sparkassenurkunde wird aufgefordert, seine Rechte binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenurkunde anzumelden.

Wird die Sparkassenurkunde nicht vorgelegt, wird sie für kraftlos erklärt.

Herford, den 19. August 2019

Sparkasse im Kreis Herford
Der Vorstand

ABI. Reg. Dt. 2019, S. 244

210 Aufgebot einer Sparkassenurkunde

Die Sparkassenurkunde Nr. 3200169823, ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, ist abhanden gekommen.

Der Inhaber der Sparkassenurkunde wird aufgefordert, seine Rechte binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenurkunde anzumelden.

Wird die Sparkassenurkunde nicht vorgelegt, wird sie für kraftlos erklärt.

Herford, den 20. August 2019

Sparkasse im Kreis Herford
Der Vorstand

ABI. Reg. Dt. 2019, S. 244

211 Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde

Da die Sparkassenurkunde Nr. 3150365777, ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, aufgrund unseres Aufgebots vom 13. Mai 2019 nicht vorgelegt wurde, wird sie für Kraftlos erklärt.

Herford, den 21. August 2019

Sparkasse im Kreis Herford
Der Vorstand

ABI. Reg. Dt. 2019, S. 244

Ständige Beilage: Öffentlicher Anzeiger · Einzelpreis dieser Nummer 0,51 €

Gebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 2,50 € – Bezugsgebühren: jährlich 20,45 €
Einzelpreis des Öffentlichen Anzeigers 0,51 €

Bezug und Lieferung des Amtsblattes durch Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG · Ohmstraße 7 · 32758 Detmold
Einzelpreis nur gegen Voreinsendung des Betrages zuzüglich Versandkosten auf das Postbankkonto Hannover Nr. 164916-309
In den vorgenannten Preisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten – Erscheint wöchentlich

Redaktionsschluss: Dienstag 17.00 Uhr